

Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal

Lagebericht 2008

I. Darstellung des Geschäfts und der Rahmenbedingungen

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) sind seit 1994 ein eigenbetriebsähnlicher Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Zweck der APH ist die Errichtung und Unterhaltung von Alten- und Altenpflegeheimen sowie die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege in der Regel pflegebedürftiger junger und alter Menschen. Sie sind am lokalen Pflegemarkt als größter Einzelanbieter tätig.

Darüber hinaus wurde den APH in 2003 der Fachbereich Senioren und Freizeit als Nebenbetrieb mit Ratsbeschluss übergeleitet. Es werden verteilt im Stadtgebiet Wuppertal fünf Seniorentagesstätten betrieben.

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) schließen das Geschäftsjahr 2008 mit einem negativen Ergebnis ab. In der Gewinn- und Verlustrechnung der APH wird ein Jahresfehlbetrag von 1.383 T€ (Vorjahr Jahresüberschuss: 53,6 T€) ausgewiesen. Davon resultieren 1.383 T€ (Vorjahr Jahresüberschuss: 49,2 T€) aus dem stationären Bereich. Der Fachbereich Senioren und Freizeit weist ein ausgeglichenes Ergebnis (Vorjahr Jahresüberschuss: 4,4 T€) aus. Ursächlich für den Jahresfehlbetrag sind Neuzuführungen zur freiwilligen Rückstellung in Höhe von 1.500 T€ (Vorjahr: 402 T€) aus dem stationären Bereich für diverse Baumaßnahmen im Rahmen der allgemeinen Bauunterhaltung sowie auf Grund gesetzlicher Vorschriften, des vorbeugenden Brandschutzes, unabdingbar notwendiger Sanierungsarbeiten sowie zu viel erhaltener Altenpflegeumlage, die ihren Ursprung aus der Vergangenheit hat. Ebenfalls beinhaltet der Jahresfehlbetrag 157,2 T€ (Vorjahr: 138,8 T€) als Gewinnbeteiligung der APH Service GmbH für 2008. Das Jahresergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.436,6 T€.

Der vom Rat der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2008 beschlossene Wirtschaftsplan weist einen Überschuss von rd. 40 T€ (für den stationären Bereich 40 T€ und für den offenen Bereich ein

ausgeglichenes Jahresergebnis) aus. Tatsächlich weicht das Betriebsergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rd. 1.423 T€ ab. Ein Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt war bzw. ist nicht erforderlich.

Umsetzung der Qualitätsstandards

Die Qualität, die das einzelne Haus zu bieten hat, ist für eine hohe Auslastung von entscheidender Bedeutung. Durch Pflege- und Qualitätsstandards, wie auch gesetzlich vorgegeben, und eine stetige Qualitätssicherung und -prüfung muss die Qualität der pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner auf hohem Niveau gehalten werden. Nur durch Qualität und entsprechende räumliche und personelle Rahmenbedingungen wird Nachfrage geweckt. Neue und/oder verschärfte Gesetze (Heimgesetz, Pflegequalitätssicherungsgesetz, Heimmitwirkungsverordnung usw.) zwingen die Heimbetreiber ständig nachzusteuern.

Unternehmenssteuerung

Im Bereich des Controlling und Risikomanagements haben die APH weiter nachgesteuert. Ein Risikomanagement-Handbuch ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut. Die Innenrevision wird durch Einkauf der Dienstleistung beim GMW gewährleistet.

Außerdem besteht die Notwendigkeit von zusätzlichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen Funktionsbereichen. Die APH beteiligen sich finanziell teilweise oder ganz an den entsprechenden Angeboten für die Beschäftigten. Daneben bilden die APH auch in 2008 Auszubildende zur Altenpflegerin nach dem neuen Altenpflegeausbildungsgesetz aus. Damit erhoffen sich die APH eine nachhaltige Nachwuchsförderung und ein Entgegenwirken des Fachkräftemangels im Pflegeberuf. Außerdem bieten die APH interessierten Menschen im Rahmen eines Praktikums sowie innerhalb des freiwilligen sozialen Jahres die Möglichkeit, sich im Bereich der stationären Altenpflege einen Einblick zu verschaffen.

II. Vermögens- und Finanzlage

Eigenkapital und Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt (in T€):

Eigenkapital	<u>EB-Wert</u> T€	<u>Entnahmen</u> T€	<u>Zugänge</u> T€	<u>Endbestand</u> T€
Stammkapital	12.782	0	0	12.782
Rücklagen	4.100	0	0	4.100
Gewinnvortrag	281	0	54	335
Jahresüberschuss	<u>54</u>	<u>54</u>	<u>-1.383</u>	<u>-1.383</u>
	<u>17.217</u>	<u>54</u>	<u>-1.329</u>	<u>15.834</u>
Rückstellungen	<u>EB-Wert</u> T€	<u>Entnahmen</u> T€	<u>Zugänge</u> T€	<u>Endbestand</u> T€
Pensionsrückstellungen	1.223	327	68	964
Ausstehende Rechnungen	90	4	89	175
Unterlassene Instandhaltung	1.075	802	1.924	2.197
Personalbezogene Verpflichtungen	291	165	86	212
Abschluss- und Prüfungskosten	51	51	44	44
Anwalts- und Prozesskosten	0	0	40	40
Zinsen aus Investitionskosten	297	126	0	171
Verrechnung Altenpflegeumlage	95	27	4	72
Archivierung	17	2	2	17
Altentagesstätten	<u>81</u>	<u>7</u>	<u>2</u>	<u>76</u>
	<u>3.220</u>	<u>1.511</u>	<u>2.259</u>	<u>3.968</u>

Die Finanzierungsverhältnisse sind geordnet.

Die Anlagendeckung (unter Berücksichtigung des langfristigen Fremdkapitals) hat sich bedingt durch den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag auf 94,3 % verschlechtert. Eine Verbesserung der Anlagendeckung wird angestrebt. Das Eigenkapital hat - unter Berücksichtigung der Sonderposten - einen Anteil an der Bilanzsumme von 42,9 % (2007: 44,1 %) und das langfristige Fremdkapital von 57,1 % (2007: 55,9 %).

Die Liquidität der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal war im Wirtschaftsjahr 2008 jederzeit gewährleistet.

Liquidität zum Bilanzstichtag

	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2007</u>
	T€	T€
Kurzfristiges Fremdkapital	-5.793,6	-5.526,8
<u>Flüssige Mittel I. Ordnung</u>	<u>2.833,1</u>	<u>4.513,9</u>
Unterdeckung I	-2.960,5	-1.012,9
<u>Flüssige Mittel II. Ordnung</u>	<u>936,7</u>	<u>663,0</u>
Unterdeckung II	-2.023,8	-349,9
<u>Flüssige Mittel III. Ordnung</u>	<u>122,8</u>	<u>90,0</u>
Unterdeckung III	<u>-1.901,0</u>	<u>-259,9</u>

Wie aus der Übersicht hervorgeht, hat sich die Liquidität verschlechtert, wobei darauf hinzuweisen ist, dass das kurzfristige Fremdkapital freiwillig gebildete Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von rd. 2,1 Mio € beinhaltet, so dass sich ohne diese Rückstellungen eine Überdeckung in Höhe von 0,2 T€ ergeben würde. Zudem führte die Umsetzung von Instandhaltungsmaßnahmen zu einem Mittelabfluss in Höhe von 724 T€.

	<u>2008</u>	<u>2007</u>
	T€	T€
<u>Laufende Geschäftstätigkeit</u>		
Jahresergebnis	-1.383,0	53,6
Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.015,5	1.090,5
Zunahme/Abnahme (-) der lang- und mittelfristigen Rückstellungen	-363,2	-233,5
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	10,1	6,3

	<u>2008</u> T€	<u>2007</u> T€
Auflösung von Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	<u>-37,5</u>	<u>-40,2</u>
Cash-Flow	<u>-758,1</u>	<u>876,7</u>
Zunahme/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	1.110,9	-59,6
Zunahme (-)/Abnahme der Vorräte und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-183,0	-212,0
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	<u>-899,0</u>	<u>-65,8</u>
Mittelabfluss/-zufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-729,2</u>	<u>539,3</u>
<u>Investitionstätigkeit</u>		
Investitionen in das Sachanlagevermögen	-402,2	-519,9
Zuführung zu den Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	<u>93,6</u>	<u>30,9</u>
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	<u>-308,6</u>	<u>-489,0</u>
<u>Finanzierungstätigkeit</u>		
Erhöhung der Forderungen aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung (saldiert)	-81,1	-19,8
Darlehenstilgungen	<u>-561,8</u>	<u>-545,3</u>
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-642,9</u>	<u>-565,1</u>

	<u>2008</u> T€	<u>2007</u> T€
<u>Finanzmittelfonds</u>		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-1.680,7	-514,8
Finanzmittelbestand am Anfang des Jahres	<u>4.513,8</u>	<u>5.028,7</u>
Finanzmittelbestand am Ende des Jahres	<u><u>2.833,1</u></u>	<u><u>4.513,9</u></u>

III. Ertragslage

Bis zum 31.05.2008 galten die im März 2005 mit den Kostenträgern prospektiv verhandelten Pflegesätze. Seit dem 01.06.2008 gelten neue Pflegesätze für die städtischen Alten- und Altenpflegeheime, die ab dem 30. April 2008 verhandelt und nach Unterbrechungen am 16.05.2008 abgeschlossen wurden. Diese neuen Pflegesatzvereinbarungen gelten bis zum 30.06.2010. Erstmals ist es gelungen, die kompletten Personalkostensteigerungen auf Grund des Tarifabschlusses refinanziert zu bekommen. Die Ausgaben für Fremdkräfte, die in Fällen von Erkrankungen eigener Pflegebeschäftigten anfallen, wurden nicht anerkannt. Die Auswirkungen der Tarifierhöhungen von Januar bis Mai 2008 mussten durch den Betrieb selbst aufgebracht werden.

Dennoch halten die Pflegekassen die Pflegesätze weiterhin auf niedrigem Niveau. Vor diesem schwierigen Hintergrund konnte die Betriebsleitung dennoch mit den Kostenträgern Pflegesätze aushandeln, die über alle Heime und Pflegestufen gesehen eine durchschnittliche Budgeterhöhung (ohne Investitionskostenpauschale) gegenüber den letzten Verhandlungen von rd. 4,87 % für die Laufzeit vom 01.06.2008 bis zum 30.06.2010 darstellen. Über alle Heime und Pflegestufen (einschließlich der Pflegestufe 0) gesehen erhöhte sich das Heimentgelt um durchschnittlich zwischen 3,21 % bis 7,42 %. Damit ist die Strategie der Betriebsleitung Pflegesätze zu erhalten, die eine auskömmliche und in die Zukunft gerichtete Betriebsführung ermöglichen (auch für den Wuppertaler Hof auf Grund des Umbaus und der damit derzeit und bis Ende 2009 nicht belegbaren Betten), aufgegangen. Das Ergebnis der Pflegesatzverhandlungen ermöglicht dem gesamten Betrieb für die Wirtschaftsjahre 2008 und 2009 eine auskömmliche Betriebsführung, die den Versorgungsauftrag nicht gefährdet und die Qualität durch personelle Ressourcen auf dem bisherigen Level sichert.

Entwicklung der Ertragslage

In zusammengefasster Form hat sich das Jahresergebnis wie folgt entwickelt:

	2008	2007	Veränderungen	
	T€	T€	T€	%
Pflegeerlöse	26.586	25.976	+610	+2,3
Sonstige betriebliche Erträge	925	882	+43	+4,9
Betriebsleistung	27.511	26.858	+653	+2,4
Personalkosten	17.353	17.227	+126	+0,7
Abschreibungen	1.020	1.097	-77	-7,0
Sachbedarf	7.665	7.263	+402	+5,5
Instandhaltung	2.923	1.258	+1.665	+132,4
Betriebliche Aufwendungen	28.961	26.845	+2.116	+7,9
Betriebsergebnis	-1.450	13	-1.463	-
Finanzergebnis	-38	-71	+33	+46,4
Außerordentliches Ergebnis	105	112	-7	-6,2
Jahresergebnis	-1.383	54	-1.437	-

Zu den einzelnen Komponenten sind folgende Anmerkungen zu machen:

1. Belegungssituation

Im Geschäftsjahr 2008 waren in den sieben Heimen durchschnittlich 98,68 % (Vorjahr 100,26%) der Plätze belegt. Betrachtet man die Belegung ohne den Wuppertaler Hof, der auf Grund von Umbaumaßnahmen im Neubautrakt zumindest ab der zweiten Jahreshälfte nicht mehr voll belegbar war, ergibt sich eine Belegungsquote von 99,38 %.

Die Situation in den Häusern stellt sich im Einzelnen wie folgt dar (Bettenzahl im Jahresdurchschnitt):

	Betten - Anzahl	Auslastung in %	Abweichung Vorjahr in %
Altenpflegeheim Neviandtstraße	170	101,8	0,2
Altenpflegeheim Obere Lichtenplatzer Str.	90	96,8	-2,0
Altenheim Vogelsangstraße	80	100,3	0,2
Altenpflegeheim Am Diek	125	99,7	-0,5
Altenheim Hölkesöhde	108	97,6	-3,7
Altenzentrum Winklerstraße	87	90,1	-7,3
Altenheim Herichhauser Straße	<u>121</u>	100,2	-0,1
	781		

Die über 100%ige Auslastung einiger Häuser im Jahresdurchschnitt ist allerdings nur im Geschäftsjahr 2007 möglich gewesen, da die von APH Ende 2006 beantragten Bettenreduzierungen erst im ersten Quartal 2007 genehmigt wurden. Somit kam es über viele Monate im Jahre 2007 zu einer quasi Überbelegung. Für das Geschäftsjahr 2008 war dies auszuschließen. Dennoch lag die Belegung deutlich über der Prognose der Betriebsleitung von 98-98,5 %. Damit ist deutlich, dass trotz zusätzlicher Einrichtungen in Wuppertal und Leerständen die kommunalen Einrichtungen gut aufgestellt und angenommen sind.

2. Personalsituation und -kosten

Zum Ende des Geschäftsjahres waren bei den Alten- und Altenpflegeheimen insgesamt 445 Personen tätig. Damit veränderte sich der Stand der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt nicht. Die Frauenquote an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt

86,4 %.

Die Beschäftigten verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche

	Beschäftigte 31.12.2008	Beschäftigte 31.12.2007	Abweichung
Zentralverwaltung	16	16	0
Betriebsstätten (Heime)	<u>429</u>	<u>429</u>	<u>0</u>
	<u>445</u>	<u>445</u>	<u>0</u>

Bei den vorgenannten Beschäftigtenzahlen handelt es sich nicht um Vollstellen, sondern um Kopfzahlen. Darüber hinaus stellen diese Zahlen lediglich eine Betrachtung zum jeweiligen Stichtag 31.12. der Jahre 2007 und 2008 dar.

Die Höhe der Personalkosten beträgt 17.353,8 T€. Davon entfallen auf

Löhne, Gehälter, Dienstbezüge	13.648,5 T€
Soziale Abgaben	2.591,9 T€
Altersversorgung	1.026,2 T€
Beihilfen und Unterstützungen	6,5 T€
Personalnebenkosten	<u>80,7 T€</u>
	<u>17.353,8 T€</u>

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 um rd. 126,9 T€ (Vorjahreszeitraum 124 T€) an. Das ist ein Anstieg von 0,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen:

- Tarifliche Gehaltssteigerung
- die zügige Wiederbesetzung frei gewordener Stellen in der Pflege auf Grund z.B. längerer Erkrankung und/oder Austritt aus dem Betrieb
- Verringerung im hauswirtschaftlichen Bereich durch natürliche Fluktuation und Aufgabenübertragung an APH Service GmbH
- Verringerung der gesetzlichen Sozialabgaben, hier insbesondere Arbeitslosenversicherung

3. Sachbedarf

Die Materialaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 351,6 T€.

Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen:

- Anstieg des Energiebedarfes;
- Anstieg des Aufwands für den Verwaltungsbedarf, hier insbesondere Aufwendungen für Beratung im Zusammenhang mit dem Küchenkonzept;
- Anstieg des Aufwands für Zusatzpersonal ,
- Minderung der Aufwendungen für Fremdpersonal in der Pflege;
- Betreuungsbedarf in den Altentagesstätten.

4. Instandhaltungen

Für Instandhaltungen einschließlich Rückstellungen für unterlassene, aber im Folgejahr nachgeholte Maßnahmen wurden rd. 2.923 T€ (Vorjahr: 1.258 T€) aufgewendet; die wesentlichen Aufwendungen entfielen dabei auf den Gebäudebereich (2.354 T€), die technischen Anlagen (139 T€), die Betriebsausstattung (184 T€), die Außenanlagen (37 T€) sowie die Wartung (203 T€). Für die Tagesstätten wurden 5 T€ an Instandhaltungen aufgewendet.

IV. Nachtragsbericht

Bei der Risikobetrachtung des Betriebes ist zu bedenken, dass das Nachfragepotential für Altenheimplätze weitgehend fehlt, weil das SGB XI den Vorrang der ambulanten und teilstationären Betreuung vor der vollstationären Unterbringung normiert und weder der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) für die Pflegekassen noch die Sozialhilfeträger Heimbedürftigkeit bei fehlendem Pflegeerfordernis attestieren. Dagegen ist die Belegung der Pflegeplätze für die überschaubare Zukunft weiterhin erreichbar. Die Entwicklung auf dem privaten Altenpflegesektor muss auch weiterhin im Hinblick auf Marktentwicklungen beobachtet werden. Derzeit gibt es nach Erhebungen der örtlichen Sozialplanung rd. 200 nicht belegte Plätze in stationären Einrichtungen in Wuppertal.

Die gesondert berechnungsfähigen betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen, die bis zum 31.12.2008 gültig waren, wurden termingerecht Ende 2008 neu beantragt und Anfang 2009 vom Landschaftsverband Rheinland für zwei Jahre beschieden. Es gab für alle beantragten Einrichtungen erhöhte Investitionskostenpauschalen, die die Erlöse für 2009 und 2010 erhöhen. Für die Einrichtungen Hölkesöhde und Neviandtstraße wurden noch keine Anträge gestellt, da diese Häuser auf Grund der Anerkennungsgrundlage für bereits erstellte Rettungswege, Gesamtkonzeptionen bedingen, die derzeit mit dem örtlichen Sozialträger sowie dem Landschaftsverband abgestimmt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen wird es auch für diese Einrichtungen erhöhte Investitionskostenpauschalen geben.

In der Herichhauser Straße wird es nach Vereinbarung zwischen APH und Feuerwehr im Bereich des Wirtschaftseingangs Fluchtbalkone als Ersatz für die fehlende außenliegende Rettungstreppe geben. Ein in 2008 abgesprochener Zeitplan musste aus Kapazitätsgründen verschoben werden. Die Balkone werden voraussichtlich Ende 2009 installiert.

Die weitere Sanierung des Hauses B in der Neviandtstraße wurde gestoppt. Hintergrund ist die fehlende Genehmigung der Bezirksregierung zur Aufnahme von Finanzmitteln seitens APH bei der Stadt Wuppertal. Alternativ werden hier Möglichkeiten gesucht, die eine Genehmigung denkbar machen. Auch hier finden weitere Gespräche zwischen Beteiligungssteuerung, GWG und APH statt. Außerdem liegt APH nunmehr hierzu ein Konzept des Kuratoriums deutscher Altenhilfe (KDA) vor, welches im September 2008 dem örtlichen Sozialhilfeträger vorgelegt wurde und derzeit abgestimmt wird.

V. Risikobericht

APH beobachten den lokalen Pflegemarkt sehr genau. Insbesondere zusätzliche Heimplätze, die durch Neu- und Umbauten in Wuppertal entstanden sind, führen dazu, dass nach dem Auslastungsmonitoring der städtischen Sozialplanung für das zweite Halbjahr 2008 die Durchschnittsbelegung der stationären Einrichtungen in Wuppertal bei ca. 95% (Vorjahr: 97,2 %) liegt. Weiter heißt es in diesem Bericht, dass durchschnittlich im zweiten Halbjahr 2008 täglich rein rechnerisch 200 (Vorjahr: 105) Pflegeplätze nicht genutzt wurden. Somit besteht frühestens ab dem Jahr 2015 rein quantitativ nach derzeitiger Einschätzung Bedarf an einer Angebotserweiterung. Zeitgleich entstehen derzeit bzw. in den nächsten Jahren neue zusätzliche stationäre Einrichtungen. Es werden in Wuppertal derzeit und zukünftig, wenn auch nicht in demselben Maße, Betten abgebaut. Dies geschieht auf Grund notwendiger Umbaumaßnahmen und/oder Qualitätsverbesserungsmaßnahmen bei den verschiedenen Trägern. Auch APH haben und werden zukünftig im Rahmen der Anpassungen an das Landespflegegesetz NRW einige Pflegeplätze abbauen. Ab Anfang 2009 werden bei APH 9 Pflegeplätze abgebaut. Der nächste Pflegeplatzabbau ist für 2011 vorgesehen. Trotzdem besteht die Gefahr, dass bei den APH in einzelnen Heimen Belegungsprobleme auftreten könnten.

Wie bereits im Lagebericht zum Jahresabschluss 2004 dargestellt, sind die gesetzlichen Veränderungen im Rahmen des Heimgesetzes, die nunmehr weitestgehend durch das Land geregelt werden und Auswirkungen der Reform der Pflegeversicherung sowie der Gesundheitsreform weiter offen. Zudem sind die Auswirkungen von EU-Regelungen (z. B. Dienstleistungsrichtlinie, EU-Richtlinie für Zulassungen von Produktionsküchen) sowie dem verabschiedeten Wohn- und Teilhabegesetz ab 2009 nicht abschließend zu bewerten.

Die Betriebsleitung sieht zudem Risiken in der Umsetzung von Baumaßnahmen. Die Bezirksregierung verweigert derzeit die erforderliche Kapitalaufnahme von Einrichtungen bei ihren Kommunen, die keinen genehmigten Haushalt haben. Das kann, wenn z. B. eine größere Baumaßnahme ansteht, die nicht über die beschiedene Investitionskostenpauschale abgewickelt werden kann, dazu führen, dass in der betroffenen Einrichtung Leerstände produziert werden und somit ein wirtschaftliches Risiko für den Betrieb entstehen kann.

Die in 2004/05 begonnenen vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen in der Einrichtung Nevianttstraße, die mit Feuerwehr und Bauordnung in einem Zeitplan abgestimmt sind, werden in 2009/10 vollständig abgeschlossen sein. Auch hier entschloss sich die Betriebsleitung zu flächendeckenden Brandmeldeanlagen für alle Einrichtungen. Ab 2009 werden die bestehenden Anlagen schrittweise erweitert.

Trotz des guten Ergebnisses der letzten Pflegesatzverhandlungen im April/Mai 2008, bei dem eine durchschnittliche Budgeterhöhung von rd. 4,87 % ausgehandelt werden konnte und das Heimentgelt über alle Heime und Pflegestufen gesehen zwischen 3,21 % bis 7,42 % erhöht wurde, sieht die Betriebsleitung Risiken, die von ihr nicht wesentlich beeinflusst werden können. Da die Pflegesätze ausschließlich prospektiv verhandelt und vereinbart werden, können Kostenveränderungen während der vereinbarten Laufzeit nicht abschließend und vollständig berücksichtigt werden. Insbesondere im Sachkostenbereich kommt es zu plötzlichen und unerwarteten Erhöhungen. Hier sind hauptsächlich die Energiekosten sowie die Kosten für medizinische und pflegerische Produkte zu sehen. Ebenso ist die zwischen den Tarifparteien noch immer nicht abgeschlossene Entgeltordnung risikobehaftet. Diese Entgeltordnung kann aus Sicht der Betriebsleitung rückwirkende (bis zur Einführung des TVöD im Oktober 2005) Folgekosten nach sich ziehen. Die Zusatzversorgung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird ab 2010 den Sanierungsgeldanteil um 1% erhöhen. Darüber hinaus ist der stationäre Pflegebereich einer Fülle von Gesetzen und Vorschriften ausgesetzt, die durch Veränderungen zu zusätzlichen Kosten führen. Hier ist in erster Linie das neue Wohn- und Teilhabegesetz des Landes NRW gemeint, das das bisherige Heimgesetz ab dem Januar 2009 abgelöst hat.

Die auf Grund der gesetzlichen Vorgaben (z. B. Pflegeweiterentwicklungsgesetz) erhöhten Qualitätsansprüche an die stationären Einrichtungen, wurden von den städtischen Einrichtungen eindrucksvoll erfüllt. In den letzten rd. 14 Monaten erfolgten 11 unangemeldete Prüfungen durch verschiedene Prüfteams des MDK Nordrhein von städtischen Einrichtungen

(mit Ausnahme der Einrichtung Herichhauser Straße). Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die geprüften Einrichtungen im Wesentlichen mängelfrei sind. Darüber hinaus erfolgten Hausprüfungen durch die örtliche Heimaufsicht, die ebenso positiv ausgefallen sind.

VI. Prognosebericht

Die Betriebsleitung sieht die APH als großen lokalen Anbieter in einer guten Marktposition und somit gut aufgestellt. Allerdings geht die Betriebsleitung davon aus, dass die Belegung sich zwischen 98 bis 98,8 % auf alle Häuser gerechnet einpendeln wird. Durch die gute und zukunftsgerichtete Zielgruppenarbeit, die seit Jahren vorangetrieben wird, sollten die gesetzten Ziele erreichbar bleiben. Nachdem die APH in 2010 die vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen weitestgehend abschließen werden, soll ab 2010 verstärkt in qualitative bauliche Verbesserungen investiert werden. Auch dies ist eine zukunftsichernde Maßnahme. Für das Jahr 2009 sieht die Betriebsleitung das Ziel des Wirtschaftsplanes 2009 als realisierbar an, in dem ein Jahresüberschuss ausgewiesen ist. Die Betriebsleitung wird die Jahre 2009 und 2010 nutzen, um durch entsprechende Investitionen und Baumaßnahmen den Betrieb noch wettbewerbsfähiger zu gestalten. Dabei wird darauf geachtet, dass die Umsetzungen den gesetzlichen Richtlinien und den Qualitätsansprüchen an eine moderne gesamtheitliche Altenpflege entsprechen. Insbesondere sind die folgenden Baumaßnahme ab 2009 zu benennen:

Neviandtstraße	vorbeugende Brandschutzmaßnahmen (ca. 350 T€)
Neviandtstraße	zweite Teilsanierung d. Dächer (ab 2009 rd. 550 T€)
Hölkesöhde	Einbau bodengleicher Duschen (2008 bis 2009 rd. 120 T€)
	Dachsanierung (ab 2010 rd. 450 T€)
Alle Häuser	sonstige Energiesparmaßnahmen (ab 2009 rd. 150 T€)
	gem. TÜV Vorgaben Erneuerung bzw. Wartung von Lüftungstechnischen Anlagen sowie Ertüchtigung der Elektroanlagen (in 2008/09 rd. 300 T€)
	diverse Bauunterhaltung (z. B. Maler-, Sanitär- und Elektroarbeiten rd. 300 T€)
	Erneuerung/Erweiterung von Aufzügen (rd. 100 T€)
	Zusätzliche Overheadkosten (geschätzt: 200 T€)

Wuppertaler Hof

Erneuerung der Sanitärbereiche im Neubau in 2008/2009 durch die Vermieterin. Allerdings kann der Hausteil nicht voll belegt werden, was zu Einnahmeverlusten führt. Dies hat negative Auswirkungen auf das Ergebnis der Jahre 2008/09).

Des Weiteren sind zukünftig niedrigschwellige Angebote in Kooperation mit Kliniken als zusätzliche Angebote und Einnahmemöglichkeiten für APH denkbar.

In der Herichhauser Straße ist ab Januar 2010 ein kleiner Bereich für bis zu max. 10 Plätzen als Einrichtung der Tagespflege geplant. Hier finden derzeit Gespräche mit der örtlichen Sozialplanung sowie der zuständigen Pflegekasse statt.

Im Bereich der Küchen liegt der Betriebsleitung ein Konzept vor, das das Zusammenlegen von einzelnen Produktionsküchen favorisiert. Ab Ende 2009 wird APH zwei Produktions- und fünf Verteilerküchen haben. Das Einsparvolumen liegt bei rd. 250 T€ jährlich. Durch eine neue EU-Richtlinie für die Zulassung von Produktionsküchen verzögert sich die geplante Umstellung, so dass die Einspareffekte erst in 2010 eintreten werden. Ein Antrag auf Zulassung ist bei der zuständigen Stelle gestellt worden.

Im Fachbereich Senioren und Freizeit werden die APH verstärkt auf Migrationsarbeit setzen. Zweimal jährlich erscheinen Angebote über Reisen und Ausflüge für ältere Menschen aus den verschiedenen Wuppertaler Stadtgebieten.

Die einzelnen Tagesstätten werden besuchergerecht hergerichtet.

APH werden zukünftig weiter alternative und/oder ergänzende Wohnformen in stationären Pflegeeinrichtungen planen und umsetzen.

Die weitere Fortführung der strukturellen und damit verbundenen baulichen Veränderungen in den Heimen sind ein notwendiges Mittel zur Umsetzung des strategischen Zieles der Vollbelegung aller Einrichtungen der APH. Die Refinanzierung der Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt losgelöst von den tatsächlich entstehenden Instandhaltungsaufwendungen.

Die vom Landschaftsverband Rheinland beschiedenen Investitionskostensätze errechnen sich auf der Grundlage von Bettenwerten und den historischen Anschaffungskosten der Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund kann es, wie in den Vorjahren, auch zukünftig in diesem Bereich zu Unterdeckungen kommen.

Sonstige Anmerkungen

Alle von den APH nicht beeinflussbaren Aufwandserhöhungen sind eine Gefahr für einen wirtschaftlich zu führenden Betrieb. Die APH haben keine Reserven, um zusätzliche Aufwendungen, die von außen in den Betrieb getragen werden, im operativen Geschäft aufzufangen. Aufgrund ihrer nachfragegerechten und flexiblen Reaktionen auf dem lokalen Pflegemarkt werden die APH als größter Anbieter ihre soziale Kompetenz und Verpflichtung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen dieser Stadt auch zukünftig erfüllen. Dabei muss der Betrieb wirtschaftlich und auskömmlich arbeiten. Die konsequente und kontinuierliche Politik der Einsparung und Kostenreduzierung (z.B. durch Budgetierung, Mitarbeitermotivierung usw.), die die Betriebsleitung weiterhin umsetzt, sind hierfür ein Garant. Die in den kommenden Jahren noch notwendigen Investitionen und Bauunterhaltungsmaßnahmen, die aus eigenen Mitteln (und ggf. Fördermitteln) bestritten werden, sind zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung des Eigenbetriebes zwingend notwendig. Daneben ist die Qualität, die in den Einrichtungen auf hohem Niveau gehalten wird, für eine hohe Auslastung entscheidend.

Wuppertal, den 15.06.2009

Renziehausen
Betriebsleiter